

# Nachrichtenauslese: Deutsche Wirtschaftspolitik im Juli 2008

Von Hermann Patzak

## Die Staatsschulden gefährden angeblich die Demokratie

Mit drastischen Warnungen vor einem Zerfall der Demokratie in Deutschland haben Baden-Württembergs Ministerpräsident [Oettinger](#) (CDU) und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Papier, ein gesetzliches Schuldenverbot für Bund und Länder als dringend notwendig gefordert<sup>1</sup>. Sollte bis Oktober keine Einigung in der zuständigen Föderalismuskommission II gelingen, die Oettinger und der Bundestagsfraktionsvorsitzende Struck (SPD) leiten, dann sei das deutsche Staatssystem als Ganzes in Gefahr, sagte Oettinger in einem Gespräch mit der Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Auch in Sachsen sollen neue Schulden generell verboten werden. Die von gnadenloser Dummheit befallenen Parteien wollen dem Staat also das Schuldenmachen verbieten! Doch sie selbst haben ja den Staat okkupiert und die Schulden über ein halbes Jahrhundert ständig angehäuft, weil sie unfähig waren, die notwendigen staatlichen Tätigkeiten effizient zu organisieren. Nicht die Schulden sind das ökonomische Problem, sondern die Tatsache, daß man mit ihnen den ständig steigenden Staatskonsum und nicht die notwendigen staatlichen Investitionen finanziert. Die hat man in unverantwortlicher Weise ständig verringert.

Was für Privathaushalte und Unternehmen als Notwendigkeit gesehen wird: Notwendige größere Anschaffungen (Investition) mit Fremdkapital zu finanzieren, das soll dem Staat nicht mehr erlaubt werden?

Die Ratlosigkeit des politischen Führungspersonals angesichts der selbst angerichteten Schäden wird immer offenkundiger. Der Druck, der einen Ausgleich sucht, wird größer.

## Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums schuf ein Vakuum

Für das westliche Finanzkapital war es eine ausgemachte Sache, dieses Vakuum auszunutzen. Es begann die Neukolonialisierung Osteuropas und die sogenannte Osteuropabank hatte dabei die Aufgabe, die Strategien zur Inbesitznahme der in Osteuropa vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen zu entwickeln.

Thomas [Mirow](#), der bisherige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, hat nun die „ehrentvolle“ Aufgabe übernommen, als Präsident der Osteuropabank, die in Wirklichkeit den Namen „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (EBRD) heißt, die „Mission“ zu leiten.

Wer erfaßt eigentlich das Heer der Politiker, die Jahr für Jahr ihre verantwortungsvolle Aufgabe, für das Wohl des Volkes zu sorgen, aufgeben, die „Pferde wechseln“, um es sich danach noch besser gehen lassen zu können?

Und warum sollen die Politiker nicht am Wohlergehen der Wirtschaft teilhaben dürfen, zu mal wenn sie noch in ihrer aktiven Zeit sich bestens als Tür-Öffner zur Gewinn- und Renditesteigerung bewährt haben?

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2008 Seite 1.

## **Spekulanten geraten ins Visier der US-Börsenaufsicht**

Leerverkäufe sind eine Form der Spekulation. Angesichts der hohen Kursverluste von Finanztiteln und der fortschreitenden Finanzmarktkrise ergreift die amerikanische Börsenaufsicht SEC Maßnahmen gegen sogenannte [Leerverkäufer](#) von Aktien.

Sie hat in einer Notverordnung verfügt, daß Leerverkäufer für eine begrenzte Zeit (so lange die Finanzkrise weiter geht) von Aktien der Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac sowie 17 weiteren Instituten einen richtigen Kontrakt mit dem Verleiher der Aktien vorweisen müssen. Bisher ist es oft vorgekommen, daß die Spekulanten Aktien verkauften, ohne sie tatsächlich geliehen zu haben.

Außerdem besteht der Verdacht, daß die Verkäufer solcher „geliehenen“ Aktien falsche Informationen über ihre Spekulationsobjekte verbreiteten, damit die Kurse in jedem Fall unter den von ihnen anvisierten Verkaufswert sinken und sie ihre Gewinne sicher einscheffeln konnten. Bear Stearns, die fünftgrößte US-Investmentbank soll auf diese Art und Weise eliminiert worden sein.

Die US-Börsenaufsicht soll im Zusammenhang mit der Bear Stearns-Liquidierung Ermittlungen gegen 50 Hedgefonds eingeleitet haben. Auch die Aktionen einiger Banken, wie z.B. der Deutschen Bank, von Goldman Sachs und von Merrill Lynch werden in diesem Zusammenhang von der SEC unter die Lupe genommen.

## **Die Deutschen nehmen die materielle Ungleichverteilung wahr**

Noch sehen sie nicht klar, daß die Ursache hierfür die Globalisierung ist. Es wird ihnen ja auch absichtlich verheimlicht. Durch sie kann sich das Finanzkapital auf Kosten des Faktors Arbeit bereichern und einen ständig größeren Teil des Kuchens an sich reißen. Der Kuchen heißt Sozialprodukt. Das ständig kleiner werdende Teilstück davon ist die Lohnquote. Das ist nicht nur eine gefühlte Wahrnehmung; die Betroffenen in allen Ländern, auch in Deutschland, registrieren, daß ihr Realeinkommen sinkt. Sie bekommen weniger für ihr Geld. Und es gibt auch in Deutschland nicht wenige, die bereits die Armut bitter verspüren. Die Entwicklung kann so nicht ins Unendliche weiter gehen.

Das macht den Herrschenden zunehmende Sorge. Mit Hilfe wissenschaftlicher Analyse versuchen sie, die anschwellende Wut zu neutralisieren. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat versucht, den Begriff der „Sozialen [Gerechtigkeit](#)“ durch eine systematische Befragung zu klären und kommt zu der weisen Erkenntnis, daß die Menschen in Deutschland sehr unterschiedliche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit haben. Und weil dies der Fall ist – so die Schlußfolgerung – müsse man dem Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ eigentlich keine größere Bedeutung zumessen. Schließlich habe schon der große Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek die Erkenntnis gewonnen, daß „für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“

Wenn sich die Akteure da nicht selber etwas vorlügen und ihr ungutes Gefühl damit verdrängen wollen. Wenn immer mehr Menschen immer weniger zu knabbern haben und zuschauen müssen, wie es einer kleinen Schicht immer besser geht, ohne daß sie viel dazu tun müssen, dann werden sie irgendwann zeigen, daß gerade in einer freien Gesellschaft die freien Menschen sich nicht ständig ungestraft übervorteilen lassen.